Christian Angerer / Maria Ecker

Nationalsozialismus in Oberösterreich

Opfer . Täter . Gegner

erinnern.at

StudienVerlag

Christian Angerer / Maria Ecker

Nationalsozialismus in Oberösterreich

Opfer . Täter . Gegner

Nationalsozialismus in den
österreichischen Bundesländern

herausgegeben von Horst Schreiber
im Auftrag von _erinnern.at_
www.erinnern.at

Band 6

erinnern.at

Christian Angerer / Maria Ecker

Nationalsozialismus in Oberösterreich

Opfer . Täter . Gegner

StudienVerlag
Innsbruck
Wien
Bozen

© 2015 by Studienverlag Ges.m.b.H., Erlerstraße 10, A-6020 Innsbruck
E-Mail: order@studienverlag.at
Internet: www.studienverlag.at

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

ISBN 978-3-7065-5757-3

Umschlag, Layout, Satz: Willi Winkler, neusehland.at
Umschlagbild: Abstimmungslokal in der Schubertstraße in Linz bei der Volksabstimmung
am 10. April 1938, Foto: Archiv der Stadt Linz.
Registererstellung durch die AutorInnen

Dieses Buch erhalten Sie auch in gedruckter Form mit hochwertiger Ausstattung in Ihrer Buchhandlung oder direkt unter www.studienverlag.at

Inhalt

Editorial

Werner Dreier, Horst Schreiber: Vorwort 13

National-sozialismus in Oberösterreich

Oberösterreich 1918–1938 17
Wie entsteht die Erste Republik Österreich? 17
Warum bekämpfen sich die politischen Lager? 22
Warum kommt es zum Aufstieg des Nationalsozialismus? 26
Wie endet die Demokratie in Österreich? 32
Was ist der „Ständestaat“? 34
Heinrich Gleißner: Vom Austrofaschisten zum Demokraten 41
Johann Stadt: Ein früher und später Nationalsozialist 44
Hedda Wagner: Für Frauenbildung und Frauenrechte 46

Machtübernahme der Nationalsozialisten: Begeisterung und Verfolgung 49
Wie gelangen die Nationalsozialisten an die Macht? 49
Wie geht der „Anschluss“ vor sich? 55
Wie steht die oberösterreichische Bevölkerung nach dem „Anschluss“ zum Nationalsozialismus? 64
Was geschieht mit den Gegnern und Gegnerinnen beim „Anschluss“? 67
Ludwig Bernegger: Eines der ersten NS-Opfer 1938 69
Helga Donath: Von der Nationalsozialistin zur „Halbjüdin“ 71
August Eigruber: Gauleiter von Oberdonau 73
Franz Peterseil: Als NS-Täter davongekommen 75
Ferdinand Rydl: Anpassung an den Nationalsozialismus 77

Aufbruchsstimmung und neue Zwänge 79
Wie wird die Arbeitslosigkeit beseitigt? 79
Was begeistert die Menschen am Nationalsozialismus? 84
Welche Rollen sollen Frauen einnehmen? 90
Wie geht es der Bauernschaft und den landwirtschaftlichen Hilfskräften? 93
Wie verhalten sich die Kirchen? 96
Maria Schicho: Die oberste Frau in Oberdonau 99
Josef (Sepp) Teufl: Arbeiterführer im Widerstand 101

Linz – „Patenstadt des Führers“ 105
Warum hat Linz im Nationalsozialismus eine besondere Bedeutung? 105
Welche Pläne verfolgt Adolf Hitler mit Linz? 108
Adolf Hitler: Jugendjahre eines Diktators 115
Franz Kinzl: Vom Nationalsozialisten zum Kommunisten 118
Franz Langoth: Der Mythos vom „guten Nazi“ 120

Jugend und Schule 123
Was beabsichtigt Erziehung im Nationalsozialismus? 124
Wie verändert sich die Schule im Nationalsozialismus? 125
Wie ergeht es den jüdischen Schülern und Schülerinnen? 131
Wie erleben die jungen Menschen HJ und BDM? 132
Welche Aufgaben übernehmen die Jugendlichen im Krieg? 139
Elfriede Ecker: Schülerin der NAPOLA 143
Wilhelm Gärtner: Ein Humanist wird Nationalsozialist 145
Brunhilde Hörrack: Schule und BDM 147
Helmut J. Kislinger: Heldenträume in der HJ 149
Richard Mendler: „Ich hatte keine Freunde mehr“ 151

Krieg und Alltagsleben 153
Wie verläuft der Krieg? 153
Wie werden die Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen vom Krieg abgelenkt? 158
Wie steht es um die Versorgung mit Nahrungsmitteln? 161
Welche Bedeutung haben Frauen im Arbeitseinsatz? 163
Wie wirkt sich der Bombenkrieg auf Oberösterreich aus? 166
Wie endet der Krieg in Oberösterreich? 170
Josef (Sepp) Gamsjäger: Vom Nationalsozialisten zum Deserteur 175
Ferdinand Humer: Ein Soldat, der von den Verbrechen erzählt 177
Grete Wernitznigg: NS-Sympathisantin und Sozialdemokratin 179

Zwangsarbeit 181
Wie entsteht in Oberdonau eine Großindustrie? 182
Wer sind die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen und wo werden sie eingesetzt? 185
Wie werden die ausländischen Arbeitskräfte behandelt? 186
Was geschieht mit den Kindern der Zwangsarbeiterinnen? 190
Aloisia Hofinger: Verliebt in einen Zwangsarbeiter 193
Imelda Marinelli: Leiterin des „fremdvölkischen Kinderheimes“ Schloss Etzelsdorf 195

NS-Euthanasie: Tötung von psychisch Kranken und Behinderten 197
Welche Vorgeschichte hat die Ermordung psychisch Kranker und Behinderter? 197
Welche Folgen hat das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“? 199
Was ist NS-Euthanasie und wie wird sie durchgeführt? 201
Was geschieht im Schloss Hartheim? 204
Was ist unter „wilder Euthanasie“ zu verstehen? 209
Was geschieht mit den Tätern und Täterinnen nach 1945? 211
Helene Hintersteiner: Gewissenhafte Bürokraft der Tötungsanstalt 212
Johann Hocheneder: Ermordet in Schloss Hartheim 214
Rudolf Lonauer: Leiter der Tötungsanstalt Hartheim 216

Das Konzentrationslager Mauthausen 219
Wie kommt es zur Errichtung des KZ Mauthausen? 221
Welche Menschen werden im Lagersystem Mauthausen eingesperrt? 223
Wer sind die Bewacher und Bewacherinnen? 229
Welche Lebensbedingungen herrschen im KZ Mauthausen? 233
Wo entstehen Außenlager des KZ Mauthausen? 237
Wie werden Menschen im Lager ermordet? 240
Was hat die Bevölkerung mit den Konzentrationslagern zu tun? 242
Wie leisten Häftlinge Widerstand? 244
Wie werden die Lager des KZ-Systems Mauthausen befreit? 246
Johann Gruber: Der Weg eines Unbequemen 249
Maria Langthaler: Die entschlossene Helferin 252

Otto Pensl: Ein Spitzensportler im kommunistischen Widerstand 255
Johanna Rittenschober: Die Augenzeugin 257

Die Verfolgung der Roma und Sinti 259
Wer sind die Roma und Sinti? 259
Wie ergeht es Roma und Sinti vor der NS-Zeit? 260
Wie werden Roma und Sinti im Nationalsozialismus verfolgt? 263
Sidonie Adlersburg: „Zigeunerkind“ unerwünscht 269
Kassian (Christian) Lichtenberger: Kontrolliert, verfolgt, ermordet 271
Herbert Schäringer: Ein ehrgeiziger Beamter 273

Der Völkermord an den Juden und Jüdinnen 275
Woher kommt die Judenfeindschaft? 275
Wie lebt die jüdische Bevölkerung in Oberösterreich vor 1938? 277
Wie ändert sich das Leben der jüdischen Bevölkerung nach dem „Anschluss“? 281
Was sind „Arisierungen“? 284
Was geschieht beim Novemberpogrom? 287
Wohin wird die jüdische Bevölkerung Oberösterreichs vertrieben? 289
Wie kommt es zum Massenmord an Juden und Jüdinnen? 290
Wie ergeht es den oberösterreichischen Juden und Jüdinnen im Holocaust? 293
Was wussten die Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen über den Holocaust? 296
Adolf Eichmann: Organisator des Holocaust 298
Agathe Kronberger: In Auschwitz ermordet 300
Maria Mandl: Aufseherin in Auschwitz 302
Hermann Schneeweiß: Als Jude aus der Heimat vertrieben 304
Theresia Stangl: An der Seite eines Täters 306

Widerstand 309
Aus welchen Gründen gibt es Widerstand gegen das NS-Regime? 309
Weshalb ist Widerstand im Nationalsozialismus schwierig? 312
Wer leistet in Oberösterreich Widerstand? 313

Wie hängen Widerstand und Kriegsende zusammen? 322
Leopold Engleitner: Ein willensstarker Zeuge Jehovas 325
Franz Jägerstätter: Bauer – Katholik – Wehrdienstverweigerer 327
Theresia (Resi) Pesendorfer: Kommunistische Kämpferin im Hintergrund 330
Ferdinand Roitinger: Der „Andreas Hofer von Weibern“ 332

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart 335
Wie entsteht die Zweite Republik? 336
Welche Lebensverhältnisse herrschen im Oberösterreich der Nachkriegszeit? 342
Wie geht die Nachkriegsgesellschaft mit der NS-Vergangenheit um? 347
Wie entwickelt sich die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bis heute? 350
Welche Gedenkstätten für die Opfer der NS-Zeit entstehen in Oberösterreich? 353
Richard Groher: Lange „vergessenes“ Opfer 358
Peter Kammerstätter: Forscher und Volksbildner 360

Anhang

Anmerkungen 365
Quellen und Literatur 375
Sach- und Personenlexikon 383
Personenregister 407
Ortsregister Oberösterreich 415
Danke 419
Autor und Autorin 421

Editorial

Vorwort

„Nationalsozialismus in Oberösterreich. Opfer. Täter. Gegner“ wendet sich in besonderer Weise an ein jugendliches Lesepublikum. Es unterstützt Lehrer und Lehrerinnen bei ihrer Unterrichtsgestaltung und ist ebenso in der außerschulischen Jugendarbeit einsetzbar. Das Buch richtet sich aber auch an Erwachsene, die sich für die Geschichte ihrer unmittelbaren Heimat interessieren. Es vermittelt einen raschen Überblick über die wesentlichen Themen des Nationalsozialismus auf dem neuestem Stand der Forschung – und dies in einer gut verständlichen Sprache.

Die Sachtexte behandeln die Vorgeschichte des Nationalsozialismus und die Ursachen für seine Anziehungskraft, die Situation der Kinder und Jugendlichen, die Auswirkungen des Krieges auf die oberösterreichische Bevölkerung, Terror und Polizeistaat, Zwangsarbeit und Widerstand. Ein eigenes Kapitel widmet sich den Planungen der Nationalsozialisten für Linz, der „Patenstadt des Führers“. Besonderes Augenmerk wird verfolgten Gruppen wie der jüdischen Bevölkerung und Roma und Sinti geschenkt, speziell auch psychisch Kranken, Behinderten und Unangepassten, die in der Tötungsanstalt Hartheim oder auch in Niedernhart bei Linz ermordet wurden. Oberösterreich spielte in der Durchführung der Massenmorde eine bedeutende Rolle, Maria Ecker und Christian Angerer gehen daher ausführlich auf das Konzentrationslager Mauthausen und seine Außenlager ein. Auch der Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945 und das Entstehen einer Erinnerungskultur in Oberösterreich kommen zur Sprache.

Die einzelnen Kapitel sind durch Fragestellungen gegliedert, um das Lesen und Verstehen einfacher zu machen. Sie sind in sich geschlossen, müssen daher nicht der Reihenfolge nach gelesen werden; die Leser und Leserinnen können also je nach Interesse und Notwendigkeit quer ins Buch einsteigen.

44 Kurzbiographien und 280 Fotos veranschaulichen, wie Menschen Politik gemacht haben und wie sich die Politik auf das Leben Einzelner ausgewirkt hat; wie und aus welchen Gründen sie gehandelt, gelitten oder auch Verbrechen begangen haben.

Am Ende des Buches finden die Leser und Leserinnen ein umfangreiches Sach- und Personenlexikon.

Maria Ecker und Christian Angerer haben langjährige pädagogische Erfahrungen in der Vermittlung des Nationalsozialismus. Als Mitarbeiterin von _erinnern.at_ ist Maria Ecker in der Entwicklung von Materialien für den Unterricht tätig. Beide entwickelten gemeinsam mit Yariv Lapid das neue pädagogische Konzept der KZ-Gedenkstätte

Mauthausen. Christian Angerer leitet _erinnern.at_ in Oberösterreich und betreut seit 2004 den Lehrgang „Pädagogik an Gedächtnisorten“ der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich in Kooperation mit _erinnern.at_.

erinnern.at hat den Auftrag, die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust im österreichischen Bildungswesen anzuregen und zu fördern. Dazu gehören sowohl die Geschichte als auch die Auswirkungen dieser Geschichte auf die Gegenwart.

erinnern.at macht es sich zur Aufgabe, diese lange verdrängten Erfahrungen, Erinnerungen und Erzählungen für den Schulunterricht aufzubereiten. Deshalb erarbeiteten wir Lehr- und Lernmittel, eine Wanderausstellung auf der Basis von Videointerviews mit Überlebenden, eine Homepage zum Schicksal der europäischen Roma und Sinti während des Holocaust oder auch ein Lernheft mit ergänzenden Online-Materialien zu Rassismus und Antisemitismus. Und deshalb ist uns das vorliegende Buch über Oberösterreich ein großes Anliegen. Es ist der vierte fertiggestellte Band der von _erinnern.at_ herausgegebenen Jugendsachbuchreihe zum Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern.

Die in diesem Buch versammelten Geschichten berichten von ganz normalen Menschen, die sich in ihrer Zeit zu einer mörderischen Diktatur verhalten mussten: Wenige wehrten sich, viele begeisterten sich für die so großartig scheinenden Möglichkeiten, die meisten arrangierten sich. Wenn wir das lesen, können wir vielleicht auch die eine oder andere Einsicht in unsere Gegenwart und für unser Handeln heute gewinnen.

Auch deshalb wünschen wir dem Buch viele Leser und Leserinnen.

Werner Dreier
erinnern.at

Horst Schreiber
Reihenherausgeber

Nationalsozialismus in Oberösterreich

Oberösterreich 1918–1938

Wie entsteht die Erste Republik Österreich?

Die österreichisch-ungarische Monarchie findet für die Forderungen ihrer Bevölkerung nach demokratischen Rechten, nach sozialer Gerechtigkeit und nach nationaler Selbstbestimmung keine Lösungen. Diese Konflikte führen 1918 mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg zum Zerfall der Habsburgermonarchie. An ihre Stelle treten neue Staaten wie Ungarn, die Tschechoslowakei und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien). Auch aus dem deutschsprachigen Teil des Habsburgerreiches bildet sich ein neuer Staat: Deutschösterreich.[1]

Die Republik Deutschösterreich

In der provisorischen (noch nicht durch eine Wahl zustande gekommenen) Nationalversammlung für Deutschösterreich Ende Oktober 1918 beschließt die Mehrheit der christlichsozialen, sozialdemokratischen und großdeutschen Abgeordneten das Ende der Monarchie: Der letzte Habsburger-Kaiser Karl I. muss auf die Regierung verzichten und am 12. November 1918 wird in Wien die demokratische Republik Deutschösterreich ausgerufen. Doch die Regierungsparteien und der Großteil der Bevölkerung

Christlichsoziale, Sozialdemokraten und Deutschnationale halten am 1. November 1918 auf dem Linzer Hauptplatz eine feierliche Kundgebung für die künftige Republik Deutschösterreich ab. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen links an den Häusern zeugen vom Anschlusswillen an Deutschland.
(Foto: Archiv der Stadt Linz)

bezweifeln, dass dieser kleine Staat wirtschaftlich und politisch lebensfähig ist. Deshalb soll sich Deutschösterreich bald der Deutschen Republik anschließen, die kurz zuvor entstanden ist.

Auch in Oberösterreich tagt im November 1918 eine provisorische Landesversammlung mit Vertretern der Christlichsozialen, der Großdeutschen und der Sozialdemokraten. Die Versammlung fasst den Beschluss, dass das Land Oberösterreich – in der Monarchie hieß es noch Österreich ob der Enns – der Republik Deutschösterreich beitritt.

Wirtschaftliche Not

Noch Jahre nach dem Krieg bleibt die wirtschaftliche Lage katastrophal. Österreich ist von den großen landwirtschaftlichen Gebieten der ehemaligen Monarchie abgeschnitten und kann sich nicht eigenständig ernähren. Am größten ist die Hungersnot in den Städten. Es fehlt auch an Heizmaterial für den Winter. Vor allem in Linz und Steyr, aber auch in vielen anderen Gemeinden protestieren bis 1920 die Menschen auf der Straße und plündern Geschäfte. Es gibt Verletzte und Tote. Häufige Raubüberfälle spiegeln die Notlage der Menschen in Oberösterreich wider.

Kundmachung

der provisorischen Landesregierung für Oberösterreich vom 19. März 1919, betreffend die

Ausschreibung der Wahlen für den Landtag des Landes Oberösterreich.

Auf Grund des § 25 des Gesetzes vom 18. März 1919, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, betreffend die Landtagswahlordnung werden hiemit über Beschluß des Landesrates vom 18. März 1919

die Wahlen für den Landtag ausgeschrieben.

Als Tag der Verlautbarung der Wahlausschreibung gilt der 19. März 1919.

Der Wahltag wird besonders festgesetzt werden.

Provisorische Landesregierung für Oberösterreich:

Hauser m. p.
Landeshauptmann.

Gruber m. p. Landeshauptmannstellvertreter. Langoth m. p. Landeshauptmannstellvertreter. Dr. Mayr m. p. Landeshauptmannstellvertreter.

Im März 1919 schreibt die provisorische Landesregierung die Landtagswahlen aus. Der christlichsoziale Landeshauptmann und seine drei Stellvertreter aus den drei politischen Lagern unterzeichnen die Kundmachung. (Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

Räterepublik oder parlamentarische Demokratie?

Die wirtschaftliche Not verstärkt in Teilen der Arbeiterbewegung den Wunsch nach einer kommunistischen Revolution – so wie in Russland, wo die Bolschewiki im Oktober 1917 unter der Führung Lenins die Macht übernommen haben. Von der Abschaffung des Privateigentums und der Machtausübung durch die Arbeiterschaft erhoffen sich viele eine bessere und gerechtere Welt. Ende Oktober 1918 marschieren Arbeiter der Linzer Schiffswerft mit roten Fahnen und unter Hochrufen auf die russische Revolution durch die Stadt. Bereits im letzten Kriegsjahr bilden sich in Wien und in Oberösterreich Arbeiter- und Soldatenräte, die nach russischem Vorbild ein sozialistisches System basisdemokratisch von unten aufbauen wollen. In den oberösterreichischen Arbeiter- und Soldatenräten erlangen jedoch die Sozialdemokraten die Mehrheit gegenüber den Kommunisten – und die Sozialdemokratie entscheidet sich für die parlamentarische Demokratie. Die kommunistischen Demonstrationen und blutigen Putschversuche 1918/19 gehen von einer Minderheit aus.

Im Februar 1919 finden in Österreich Wahlen statt, bei denen erstmals auch Frauen stimmberechtigt sind. Stärkste Partei werden die Sozialdemokraten knapp vor den Christlichsozialen, die Großdeutschen landen abgeschlagen an dritter Stelle. Anders

fällt einige Monate später die Landtagswahl in Oberösterreich aus, wo die ländliche Bevölkerung dominiert. Hier liegen die Christlichsozialen weit vor der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bei beiden Wahlen kandidiert die Kommunistische Partei nicht.

Streit um die Staatsgrenzen

Im Friedensvertrag von Saint-Germain bei Paris im September 1919 diktieren England und Frankreich, die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Grenzen Österreichs. Südtirol geht an Italien und der südliche Teil der Steiermark wird dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zugesprochen. Kärnten bleibt nach einer Volksabstimmung bei Österreich, das Burgenland kommt dazu.

Das Land Oberösterreich beansprucht die vorwiegend deutschsprachig besiedelten Gebiete Südböhmens und des Böhmerwaldes mit den Städten Krumau und Kaplitz. Etwa 180.000 Menschen leben in dieser Region. Die Mehrheit will sich Oberösterreich anschließen. Doch die Tschechoslowakische Republik besetzt Südböhmen. Sie beruft sich darauf, dass die deutsche Bevölkerung Jahrhunderte lang die tschechische verdrängt hat; diese Entwicklung will sie nun rückgängig machen. Österreich verhandelt mit den Tschechen über Kohle- und Lebensmittellieferungen und vermeidet daher einen militärischen Konflikt. Der Friedensvertrag von Saint-Germain legt schließlich fest, dass diese mehrheitlich deutschsprachigen Gebiete ebenso wie das Sudetenland und Südmähren der Tschechoslowakei zufallen.

Anschluss an Deutschland?

In der Republik Deutschösterreich ist der Anschluss an Deutschland populär: Die Menschen erwarten sich eine verbesserte Wirtschaftslage, die westlichen Bundesländer wollen die zentralistische Bevormundung durch Wien abschütteln, viele Österreicher und Österreicherinnen fühlen sich als Deutsche und die Sozialdemokratie erhofft sich eine Stärkung der Arbeiterbewegung. Obwohl der Vertrag von Saint-Germain den Zusammenschluss verbietet und der Staat ab 1919 Republik Österreich heißt, geht die Anschlussbewegung weiter. Bei Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg sprechen sich 1921 fast alle, die zur Wahl gehen, für den Anschluss aus. In Oberösterreich ist der Anschlusswunsch im Innviertel am stärksten, dort entstehen sogar Pläne zu einem bezirksweisen Anschluss an Deutschland. Eine Volksabstimmung findet in Oberösterreich jedoch nicht statt. Die Siegermächte binden ihre Kredite für Österreich daran, dass es keine weiteren Abstimmungen gibt. In den 1920er Jahren verliert der Anschlussgedanke bei Christlichsozialen und Sozialdemokraten an Anziehungskraft.

Für das politische Lager der Deutschnationalen jedoch bleibt der Anschluss zentraler Programmpunkt. Sie gründen Turnvereine, in denen das deutsche Nationalbewusstsein gestärkt wird. Der oberösterreichische Großdeutsche Franz Dinghofer, der

als einer der Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung 1918 die Republik Deutschösterreich ausgerufen hat, fordert 1920: „Wir müssen dahin kommen, dass in jedem halbwegs größeren Orte ein Turnverein besteht, der aber auch völkische Erziehungsarbeit leisten muss.“[2] In diesen Vereinen, an denen sich auch die frühen Nationalsozialisten beteiligen, sind Deutschnationalismus und Antisemitismus aufs Engste miteinander verknüpft. Regelmäßig hetzen Deutschnationale auf gut besuchten Veranstaltungen gegen Juden und Jüdinnen und stellen sie als Schuldige an Kapitalismus und Kommunismus dar. So festigen sich in Teilen der Bevölkerung jene Einstellungen und Denkmuster, die in den 1930er Jahren eine breite Zustimmung zum Nationalsozialismus ermöglichen.

Verfassung und Sozialgesetzgebung

Während der ersten zwei Jahre der Republik Österreich regiert unter der Führung des Sozialdemokraten Karl Renner eine Koalition der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Christlichsozialen Partei. Sie arbeitet eine Bundesverfassung aus, mit der das politische System der demokratischen Republik festgelegt wird (Nationalrat, Bundespräsident, Bundesländer usw.). Diese Verfassung von 1920 gilt im Wesentlichen noch heute. Um der revolutionären Stimmung in Teilen der Arbeiterschaft entgegenzutreten, verbessert die Regierung auf Initiative der Sozialdemokratie die soziale Lage der Arbeiterschaft. Österreich bekommt eine der fortschrittlichsten Sozialgesetzgebungen Europas: Achtstundentag, Urlaubsanspruch, Arbeitslosenunterstützung, Arbeiterkammer und Betriebsräte werden eingeführt.

Als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bei den Wahlen im Oktober 1920 ihre relative Mehrheit verliert, bilden die Christlichsozialen als stimmenstärkste Partei mit der Großdeutschen Volkspartei eine Koalition. Bis zum Ende der parlamentarischen Demokratie ist in Österreich eine solche „Bürgerblockregierung“ des christlichsozialen und deutschnationalen Lagers an der Macht. Wichtigster christlichsozialer Politiker in den 1920er Jahren wird der Priester Ignaz Seipel, der mehrere Jahre als Bundeskanzler amtiert.

Langsame Erholung der Wirtschaft

Versorgungskrise und Geldentwertung machen der Republik Österreich zu schaffen. Die Inflation frisst die Ersparnisse der Menschen. Der Staat braucht dringend Geld. Während die Sozialdemokraten für eine stärkere Besteuerung der Reichen eintreten, setzt die konservative Regierung auf Kredite aus dem Ausland. Österreich erhält hohe internationale Kredite, dafür muss es den Verzicht auf den Anschluss an Deutschland bestätigen. Die österreichischen Staatsfinanzen werden unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt. Eine Bedingung für die Kredite ist, dass rund 90.000 österreichische

Beamte entlassen werden. Mit der Einführung des Schillings 1924/25 ist die Inflation gestoppt. Doch für viele Beamte, Angestellte, Gewerbetreibende, Arbeiter und Arbeiterinnen bedeutet das staatliche Sparprogramm geringeres Einkommen oder Arbeitslosigkeit. Erst ab 1926 wird ein Wirtschaftsaufschwung spürbar.

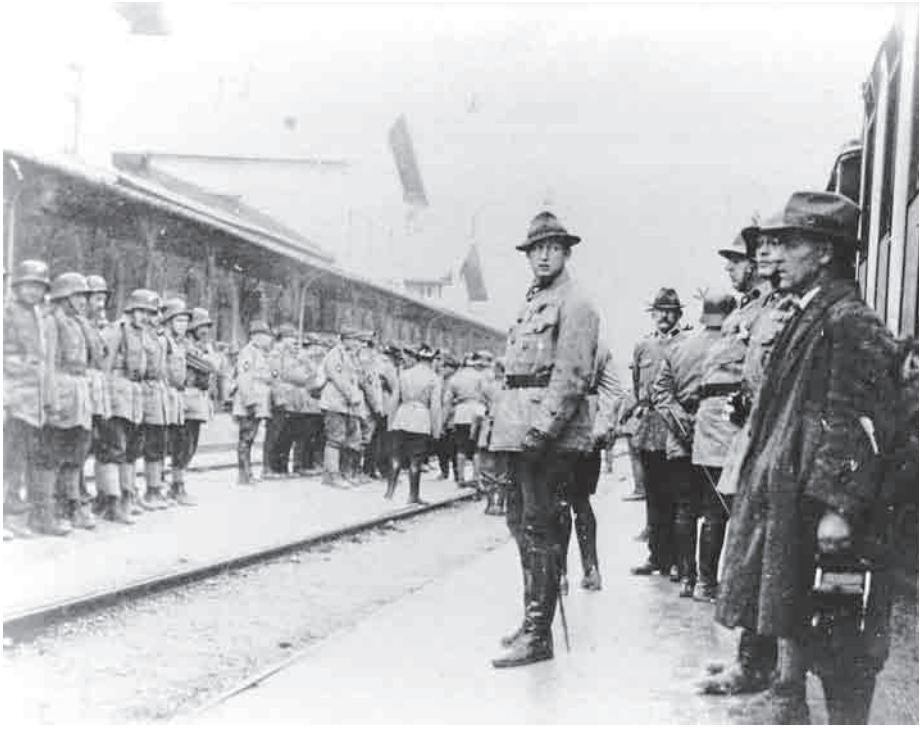
Warum bekämpfen sich die politischen Lager?

Zunächst arbeiten die politischen Parteien der jungen Republik Österreich zusammen. Doch nach einigen Jahren verschärft sich der Gegensatz zwischen den beiden großen weltanschaulichen Lagern, dem christlich-konservativen und dem sozialistischen. Ideologische Strömungen, die auf die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie abzielen, werden stärker. Die Parteien rüsten mit bewaffneten Truppen auf, um den Gegner auch gewaltsam zu bekämpfen.

Die Heimwehr auf dem Weg zum Faschismus

Im rechten Lager entsteht die Heimwehr als bewaffnete Organisation. Ihre Mitglieder sind vor allem Bauern, Selbständige, Angestellte, Studenten und ehemalige Offiziere. Waffen bringen die Kriegsheimkehrer mit, Geld bekommt die Heimwehr von österreichischen Industriellen. Neben den Christlichsozialen gibt es in der Heimwehr auch Kräfte, die den italienischen Faschisten und den deutschen Nationalsozialisten nacheifern. Von beiden Seiten werden sie organisatorisch und mit Waffenlieferungen unterstützt. Die Heimwehr entwickelt sich zu einer eigenen faschistischen Partei. Ab 1930 steht der Oberösterreicher Ernst Rüdiger Starhemberg, der aus einer alten Adelsfamilie stammt, an der Spitze der Heimwehr. Sein Herrschaftssitz Schloss Waxenberg im Mühlviertel dient ihr als Stützpunkt. 1931 versucht die Heimwehr in der Steiermark, die mit den Nationalsozialisten eng zusammenarbeitet, sogar einen – kurzen und erfolglosen – Putsch.

Bei der Entscheidung für eine faschistische Ideologie gehen die Heimwehr und der rechte Flügel der Christlichsozialen Seite an Seite. Der Antisemitismus ist wichtiger Bestandteil des politischen Programmes beider Parteien. Um Sozialismus und Kommunismus zu bekämpfen, wenden sie sich von der parlamentarischen Demokratie ab. Der Linzer Diözesanbischof Johannes Maria Gföllner verlangt 1927 in einem Hirtenbrief mehr „Autorität“ im Staat, um „Anarchie“ und „Bolschewismus“ zu verhindern.[3] Ignaz Seipel, kurz zuvor noch christlichsozialer Bundeskanzler, erklärt 1929 in einem Vor-



Ernst Rüdiger Starhemberg (Mitte) nimmt mit seinen Heimwehrleuten am 15. Dezember 1929 auf dem Bahnhof Bad Ischl Aufstellung. In diesem Jahr wird Starhemberg Führer der oberösterreichischen Heimwehr, im Jahr darauf steht er an der Spitze der Heimwehr in ganz Österreich. Er formt sie zu einer faschistischen Organisation. (Foto: Zeitgeschichte Museum Ebensee/Hofer)

trag, in dem er die Abschaffung der Parteiendemokratie fordert: „Bei uns in Österreich gibt es eine starke Volksbewegung, welche die Demokratie von der Parteiherrschaft befreien will. Die Träger dieser Volksbewegung sind die Heimwehren."[4] Die Heimwehrführung nimmt sich 1930 im Korneuburger Eid die Errichtung eines faschistischen Staates vor. Ausdruck dieses zunehmenden Wunsches nach einer autoritären Staatsführung ist 1929 auch die Änderung der österreichischen Bundesverfassung, mit der die Position des Bundespräsidenten gegenüber dem Parlament gestärkt wird.

Der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund

Die Sozialdemokraten gründen ihre Parteiarmee, den Republikanischen Schutzbund, im Jahr 1923. Viele Industriearbeiter und aus dem Bundesheer entlassene Sozialisten treten ihm bei. Stark ist der Schutzbund in den Städten Wien und Linz sowie in anderen Industrieregionen. Er setzt sich zur Aufgabe, die Arbeiterbewegung, die Partei und die Republik gegen die Angriffe von rechts zu verteidigen. Von Heimwehr und Christlichsozialen wird er hingegen als Kampftruppe zur Durchsetzung einer „bolschewistischen Revolution" gesehen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat zwar tatsächlich das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der Großgrundbesitz und Großunternehmen verstaatlicht werden, doch sie will die Macht nicht durch eine

Der Republikanische Schutzbund marschiert Anfang der 1930er Jahre in Linz. Die bewaffnete Truppe der Sozialdemokraten stellt sich auf der Straße der Heimwehr und den aufkommenden Nationalsozialisten entgegen.
(Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

Revolution, sondern durch demokratische Wahlen erlangen. Das ist Teil der Ideologie des Austromarxismus, die vor allem von Otto Bauer formuliert wird. Das 1926 beschlossene Linzer Programm der Sozialdemokratie enthält aber auch die Drohung, dass die Arbeiterklasse die Mittel der Diktatur anwenden wird, falls sich das Bürgertum einer durch Wahlen herbeigeführten sozialistischen Gesellschaftsordnung widersetzt – eine Drohung, die im konservativen und rechten Lager die Angst vor einer linken Revolution schürt.

Kämpfe auf der Straße

Nachdem es seit Mitte der 1920er Jahre immer wieder zu kleineren Straßenkämpfen zwischen Heimwehr und Schutzbund gekommen ist, spitzt sich die Situation 1927 zu. Anfang des Jahres schießen Heimwehrangehörige auf den Republikanischen Schutzbund im burgenländischen Ort Schattendorf und töten ein Kind und einen Kriegsinvaliden. Der Prozess gegen die drei Heimwehrleute endet im Juli in Wien mit einem Freispruch durch die Geschworenen. Die Empörung der Arbeiterschaft ist enorm. In einer spontanen Demonstration marschieren am 15. Juli 1927 tausende Wiener Arbeiter und Arbeiterinnen zum Justizpalast, in dem sie das Symbol der Ungerechtigkeit erblicken, und setzen ihn in Brand. Die sozialdemokratische Parteiführung versucht vergeblich,

die Masse zu beruhigen. Auf Befehl von Bundeskanzler Seipel und des aus Perg in Oberösterreich stammenden Wiener Polizeipräsidenten Johann Schober schießt die Polizei auf die unbewaffnete Menge. 89 Demonstrierende und vier Polizisten sterben. Als „Prälat ohne Milde" beschimpft die Sozialdemokratie den christlichsozialen Kanzler Seipel, als „Arbeitermörder" den deutschnational gesinnten Polizeipräsidenten Schober.[5] Vor einem gewaltsamen Gegenschlag, der unweigerlich zum Bürgerkrieg führen würde, scheut die Sozialdemokratie aber zurück; der Generalstreik, den sie ausruft, scheitert. Das rechte Lager fühlt sich nun in der Absicht gestärkt, den politischen Gegner mit Gewalt auszuschalten.

Das „schwarze" Oberösterreich und das „rote" Linz

In Oberösterreich ticken die politischen Uhren anders als in der Bundespolitik. Seit der Gründung der Republik funktioniert in der oberösterreichischen Landesregierung eine „Arbeitsgemeinschaft" der dominierenden Christlichsozialen Partei mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen. Ausschlaggebend dafür ist, dass für die Landesregierung das Proporzwahlrecht gilt, das heißt, die Parteien sind je nach ihrer Stärke in der Regierung vertreten. Außerdem stehen mit Landeshauptmann Johann Nepomuk Hauser und mit seinem Nachfolger Josef Schlegel christlichsoziale Politiker an der Spitze der Landesregierung, die sich als Demokraten begreifen. Sie suchen den Kompromiss mit den politischen Konkurrenten. Hauser lehnt die Heimwehr wie überhaupt alle bewaffneten Parteitruppen ab, denn, so der Landeshauptmann: „Militante Organisationen führen immer zur Diktatur."[6] In Oberösterreich gibt es daher heftige Konflikte zwischen der christlichsozialen Parteileitung und der Heimwehr, besonders seit Starhemberg die Heimwehr zu einer faschistischen Partei umformt.

Nach Johann Nepomuk Hausers Tod 1927 folgt ihm Josef Schlegel (Foto) als Landeshauptmann von Oberösterreich. Er gehört dem demokratischen Flügel der christlichsozialen Partei an und wird daher mit Beginn des autoritären „Ständestaates" 1934 abgesetzt. (Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

Während in Oberösterreich die überwiegend ländliche Bevölkerung für ein Übergewicht der Christlichsozialen sorgt, haben in den größeren Städten mit Industriebetrieben die Sozialdemokraten die Mehrheit. In Linz, einer in der Monarchie deutschnational regierten Stadt, erzielen sie bei den Gemeinderatswahlen 1919, den ersten mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht, über 50 % der Stimmen. Bis 1934 verwaltet eine „rote" Stadtregierung Linz, zunächst unter dem langjährigen Bürgermeister Josef Dametz, dann unter dem wichtigsten sozialdemokratischen Politiker Oberösterreichs in dieser Zeit, Josef Gruber. Die Sozialdemokratie treibt die soziale Wohlfahrtspolitik voran, sie errichtet Kindergärten, Mutterberatungsstellen und große Wohnanlagen, die noch heute in einigen Vierteln das Bild der Stadt prägen.

NSDAP-Bezirkstag in Gmunden am 2. Oktober 1927 (Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

Warum kommt es zum Aufstieg des Nationalsozialismus?

Die Anfänge des Nationalsozialismus

Seit 1919 hat die Nationalsozialistische Partei, die noch zur Zeit der Monarchie in den deutschsprachigen Gebieten Nordböhmens als Deutsche Arbeiterpartei gegründet wurde, eine Zweigstelle in Linz. Die kleine Partei engagiert sich vor allem in der Gewerkschaftsbewegung und fordert mehr Umverteilung des Reichtums.

Nach zahlreichen inneren Konflikten unterstellt sich jedoch der Großteil der österreichischen Nationalsozialisten 1926 der deutschen Schwesterpartei in München, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), die von Adolf Hitler angeführt wird. Hitler fordert von den österreichischen Nationalsozialisten „bedingungslose Treue“.[7] Die österreichische NSDAP übernimmt das radikal antidemokratische und antisemitische Programm der deutschen Partei.

Bis Ende der 1920er Jahre spielen die Nationalsozialisten in Deutschland und Österreich bei Wahlen insgesamt eine untergeordnete Rolle. Ihr Aufstieg beginnt 1930. In Oberösterreich bleiben sie jedoch 1931 bei den letzten Landtags- und Gemeinderatswahlen auf sehr niedrigem Niveau. Sie liegen bei der Landtagswahl mit ca. 3,5 % nur

„Meidet jüdische Kaufhäuser“: antisemitisches Propagandaplakat der NSDAP (Hitlerbewegung) Linz 1931
(Foto: Archiv der Stadt Linz)

geringfügig über dem Ergebnis von 1925, und bei der Linzer Gemeinderatswahl stagnieren sie bei den etwa 7 %, die sie seit 1923 erreichen: Noch funktioniert in Oberösterreich die demokratische Zusammenarbeit zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Auf der Straße stellen sich die oberösterreichischen Sozialdemokraten mit dem Republikanischen Schutzbund den Aktivitäten der Nationalsozialisten energisch entgegen. „Oberflächlich gesehen erfreuten sich die demokratisch gesinnten Parteien im Jahre 1931 in Oberösterreich und Linz noch einer soliden Mehrheit“[8] – doch in Wahrheit sind durch die demokratiefeindlichen Ideologien und die einsetzende Weltwirtschaftskrise die Weichen bereits auf das Ende der Demokratie gestellt.

Die Weltwirtschaftskrise

Im Oktober 1929 beginnt mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse eine Finanzkrise, die rasch Europa und weite Teile der Welt erfasst. Unternehmen, Banken und Staatshaushalte stehen vor dem Bankrott, die Arbeitslosigkeit nimmt ungeheure Dimensionen an. Große österreichische Banken, vor allem die Credit-Anstalt, brauchen staatliche Hilfe. Österreich nimmt neuerlich eine internationale Anleihe und muss sich wieder der Finanzkontrolle des Völkerbundes unterstellen. Von 1929 bis 1933 verzeichnet die österreichische Wirtschaft einen Produktionsrückgang um ca. 40 %, während sich die Arbeitslosenrate verdoppelt: „Die Wirtschaftskrise erreichte in Österreich 1933 ihren Höhepunkt.“[9] Über 550.000 Österreicher und Österreicherinnen sind arbeitslos.

Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt Steyr stellen sich 1932 bei einer öffentlichen Ausspeisung an. Etwa 11.000 Menschen müssen in Steyr öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen oder leben von Almosen. (Foto: Österreichische Nationalbibliothek/Rübelt)

Besonders hart trifft die Krise in Oberösterreich die Eisen- und Stahlindustrie im Raum Steyr. Tausende Beschäftigte der Steyr-Werke, die Waffen und Fahrzeuge herstellen, verlieren ihre Arbeit. Wer länger arbeitslos bleibt, wird „ausgesteuert" und bekommt kein Arbeitslosengeld mehr. Ende 1931 ist etwa die Hälfte der Steyrer Bevölkerung auf Arbeitslosenunterstützung, soziale Fürsorge oder Betteln angewiesen. In Linz schließt die Lokomotivfabrik Krauß & Co. ihre Tore, die Schiffswerft entlässt 500 Arbeiter. Auch in Wels sperren viele Betriebe zu. Insgesamt haben am Höhepunkt der Krise 1933/34 in Oberösterreich 48.000 Menschen keine Arbeit mehr. Mit einer Arbeitslosenrate zwischen 10 % und 20 % wirkt sich die Krise auf Oberösterreich insgesamt zwar etwas geringer aus als im österreichischen Durchschnitt, doch für die Betroffenen ist das kein Trost. Bis 1937 nimmt die Arbeitslosigkeit nur langsam ab. Die wirtschaftliche Notlage vergrößert die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich der extremen Rechten mit ihren Heilsversprechen zuzuwenden.

Die Anziehungskraft des Nationalsozialismus

Ab 1930 erzielt die NSDAP in Deutschland große Wahlerfolge, am 30. Jänner 1933 wird Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Der Aufstieg der deutschen NSDAP hat eine magnetische Wirkung. In Österreich finden Anschlusskundgebungen und Fackelzüge statt, Reden Hitlers werden bei Großveranstaltungen im Rundfunk übertragen. Die Nationalsozialisten treten aggressiv auf. 1932 erlangen sie bei Wahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg zwischen 14 % und 20 %, 1933 in Innsbruck sogar über 40 %. Der Deutsche Theo Habicht baut im Auftrag Hitlers die bisher zerstrittene österrei-

Am 5. Juni 1932 treffen sich über 5.000 SA-, SS- und HJ-Angehörige aus Österreich und Deutschland zu einem „Gausturmtag“ am Donauufer in Urfahr, wo Hermann Göring spricht. Auch zahlreiche Schaulustige sind dabei. Zur gleichen Zeit hält der Republikanische Schutzbund am Südbahnhof eine Gegenveranstaltung ab.
(Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

Nach dem Appell in Urfahr marschieren die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des nationalsozialistischen „Gausturmtages“ 1932 über die Linzer Landstraße.
(Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

chische NSDAP von Linz aus neu auf. Angehörige der Heimwehr, der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes – einer weiteren nationalen Partei – wechseln in Scharen zu den Nationalsozialisten über. Das prominenteste Beispiel in Oberösterreich ist der Großdeutsche Franz Langoth, der in der Landesregierung sitzt. Vor allem junge deutschnational Gesinnte fühlen sich vom Nationalsozialismus angezogen. Sie sehen mit Begeisterung, wie die NSDAP in Deutschland ihre Ziele radikal in die Tat umsetzt: autoritäre Führung statt Parteiendemokratie, deutschnationale Großmachtpolitik,